

Podium

Eine Auswahl aus dem Veranstaltungsprogramm



Migranten am Arbeitsmarkt – Problem oder Potenzial?

Menschen mit Migrationshintergrund sind doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie die übrige Bevölkerung, ihr Anteil an den Hartz-IV-Beziehern liegt höher als ihr Bevölkerungsanteil. Zudem sind sie überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnbereich tätig. Dabei ist Deutschland gerade angesichts seiner alternden Bevölkerung auf das Potenzial seiner Mitbürger ausländischer Herkunft angewiesen. Bei den „Nürnberger Gesprächen“ diskutierten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis, wie sich dieses Potenzial erschließen lässt.

Mittlerweile ist fast jeder fünfte Einwohner in Deutschland zugewandert oder hat mindestens einen zugewanderten Elternteil. Deren Integration in den Arbeitsmarkt sei kein Nullsummenspiel, sagte IAB-Direktor Prof. Joachim Möller in seinem Einführungsreferat. Denn für die Migranten selbst ist sie ein wichtiges Moment gesellschaftlicher Teilhabe, die Gesellschaft als Ganzes profitiert durch die Entlastung der öffentlichen Haushalte. Integration dürfe jedoch keinesfalls mit Assimilation gleichgesetzt werden. Kulturelle Vielfalt sei ein Wert an sich, der durchaus ökonomischen Nutzen stifte.

In der Diskussion wurde schnell deutlich, dass die Problemlagen ebenso vielfältig sind wie die Gruppe der Migranten selbst. „Gibt



Auf dem Podium diskutierten (v.l.n.r.): Dr. Mitra Sharifi-Neystanak (Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Bayern), Hans-Joachim Fuchtel (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales), Moderatorin Dr. Gunilla Fincke (Geschäftsführerin des Sachverständigenrates deutsche Stiftungen für Integration und Migration in Berlin), Rainer Aliochin (Geschäftsführer des Ausbildungsringes ausländischer Unternehmer in Nürnberg) und Dr. Carola Burkert (IAB).

es überhaupt den typischen Migranten am Arbeitsmarkt?“ fragte Dr. Gunilla Fincke, die die Veranstaltung am 10. Mai 2010 moderierte. Denn bei allen Problemen, die Migranten am deutschen Arbeitsmarkt haben, gebe es viele hochqualifizierte Zuwanderer, so die Geschäftsführerin des Sachverständigenrates für Integration und Migration in Berlin.

Die Kenntnis der deutschen Sprache sei der Schlüssel zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration, sagte Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Bemühungen der Bundesregierung konzentrierten sich darauf, dass Menschen mit Migrationshintergrund möglichst schon im Kindergartenalter die deutsche Sprache erlernen. Dabei haben sich die Deutschkenntnisse von Migranten in

den letzten Jahren leicht aber stetig verbessert, so IAB-Forscher Firat Yaman in seinem Impulsreferat. Allerdings hängt die Wahrscheinlichkeit, gut Deutsch zu lernen, sehr stark von der regionalen ethnischen Konzentration der jeweiligen Migrantengruppe ab. So erlernt ein türkischer Migrant in Trier die deutsche Sprache mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent, in Duisburg mit einem sehr hohen Anteil an türkischstämmigen Migranten liegt sie lediglich bei zehn Prozent.

Dr. Mitra Sharifi-Neystanak, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Bayern, wies auf die strukturellen Barrieren hin, denen sich Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland gegenübersehen. Ein Kernproblem sei die fehlende Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse: „Wenn Ju-

ristinnen als Putzfrauen arbeiten, ist das für das Land Ressourcenverschwendung und für die Betroffenen eine persönliche Katastrophe.“ Ab dem Jahr 2011 sollen alle Zuwanderer nach einem Beschluss des Bundestages einen gesetzlichen Anspruch auf ein Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen und Bildungsabschlüsse haben – ein Anspruch, den bislang nur EU-Bürger und Spätaussiedler geltend machen können.

Allerdings geht aus wissenschaftlichen Erhebungen hervor, dass Bewerber mit ausländischen, vor allem türkisch klingenden Namen, selbst bei formal gleicher Qualifikation geringere Chancen auf eine Stelle haben als Bewerber mit deutschen Namen. Auf diese Form ethnischer Diskriminierung wies Dr. Carola Burkert, Leiterin der Arbeitsgruppe „Migration und Integration“ am IAB, hin. Der Unterschied verschwinde aber wieder, wenn Bewerber mit fremdländischen Namen entsprechende Referenzschreiben vorlegen könnten. Die größte Hürde für Migranten, so Burkert, bestünde beim Zugang zum Ausbildungssystem. Dies sei auch die Folge einer über Jahrzehnte vernach-



„Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität“, stellte Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in seinem Schlusswort fest.

lässigten Integrationspolitik.

Die Arbeitsmarktintegration von Migranten wird auch durch kulturelle Hürden erschwert. Von einem besonders drastischen Beispiel wusste Rainer Aliochin, Geschäftsführer des Ausbildungsringes ausländischer Unternehmer in Nürnberg, zu berichten. Ein Unternehmer habe ihn einmal gefragt: „Darf ich noch Schweinefleisch essen, wenn ich eine muslimische Angestellte habe?“

Auch der Beitrag der Arbeitsmarktpolitik zur besseren Integration von Migranten wurde diskutiert. IAB-Wissenschaftler Dr. Peter Kupka

wies in seinem Impulsreferat darauf hin, dass Arbeitslosengeld-II-Bezieher mit Migrationshintergrund im Mittel weniger Fördermaßnahmen erhalten, obwohl bestimmte Maßnahmen besonders hohe Integrationserfolge zeitigen. Andererseits zielen zahlreiche staatliche Programme und Initiativen auf eine bessere Arbeitsmarktintegration ab. Beispielhaft stellte Friedrich Scheerer von der Bundesagentur für Arbeit, das Projekt „GINCO“ („Ganzheitliches Integrationscoaching“) für Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, vor.

In seinem Schlusswort wies Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly darauf hin, dass Deutschland erst in den vergangenen Jahren begonnen habe, einen vernünftigen Diskurs über Zuwanderung zu führen, auch wenn dieser sehr stark von Nützlichkeitsabwägungen geprägt sei. Die multikulturelle Gesellschaft sei jedenfalls kein Kampfbegriff, sondern empirische Realität.

Die Nürnberger Gespräche werden vom IAB, von der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Nürnberg zweimal jährlich ausgerichtet. Sie stehen allen Interessierten offen.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/events-2010/nuernberggespraeche_1-2010.aspx

T.A.S.K.S. (Technology, Assets, Skills, Knowledge, Specialisation)

Um Anschluss an die internationale Spitzenforschung auf dem Gebiet des sogenannten „Task-Based Approach“ zu erhalten, lud das IAB in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zu der internationalen Konferenz

„T.A.S.K.S. (Technology, Assets, Skills, Knowledge, Specialisation)“ ein.

Im Mittelpunkt des „Task-Based Approach“ steht die Definition beruflicher Fähigkeiten als ein Bündel von Kompetenzen, die für be-

stimmte Tätigkeitsmuster (Tasks) qualifizieren. Diese Tätigkeitsmuster lassen sich entlang grundlegender Eigenschaften klassifizieren (zum Beispiel manuell, kognitiv, interaktiv, routinegeprägt, kreativ). Eine zentrale Hypothese dieses Forschungsansatzes ist, dass

diese grundlegenden Eigenschaften entscheidend sind für den Bedeutungsverlust oder -gewinn von Berufen – mit den entsprechenden ökonomischen Konsequenzen in Hinsicht auf Entlohnung und Beschäftigung. Dabei spielt die Ersetzbarkeit durch Technisierung oder Computerisierung ebenso eine Rolle wie die Verlagerbarkeit in Niedriglohnländer.

Für die Veranstaltung, die am 17. und 18. Mai 2010 in Nürnberg stattfand, wurden weltweit führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf diesem Gebiet gewonnen, so zum Beispiel Prof. David Autor (Massachusetts Institute of Technology), Prof. Maarten Goos (Katholieke Universiteit Leuven) und Prof. Christian Dustmann (University College London). Im Zuge der Konferenz wurden auch Fragen der Messung von Qualifikationen und Tätigkeitsmustern thematisiert. Hier nahmen unter anderem Francis Green als Initiator des „UK Skills Survey“ (University of Kent), Michael Handel als Vertreter des „Survey of Skills, Technologies and Management Practices“ an der



Keynote-Speaker Prof. David Autor vom Massachusetts Institute of Technology

Northeastern University sowie Michael Tahlin als Verantwortlicher des „Swedish Level of Living Survey“ (Stockholm University) teil.

Die Konferenz gab wichtige Impulse für den Einsatz des Task-Based Approach bei der Entwicklung der Berufsforschung am IAB. Darüber hinaus zeigte sich, dass durch Kombination von Prozessdatensätzen des IAB, des BIBB und anderen Quellen wie des IAB-Projekts „Berufliche Weiterbildung als Be-



Keynote-Speaker Prof. Maarten Goos von der Katholieke Universiteit Leuven

standteil Lebenslangen Lernens (WeLL)“ oder dem Nationalen Bildungspanel eine international konkurrenzfähige Datengrundlage für die Task-Forschung aufgebaut werden kann. Insgesamt bietet der Task-Based Approach für das IAB vielversprechende Anknüpfungspunkte an die internationale Spitzenforschung und eröffnet zugleich eine Vielzahl von praxisrelevanten Anwendungsmöglichkeiten.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2010/tasks.aspx>

Wissenschaft trifft Praxis: Betriebliche Weiterbildung

Die Wertschöpfung in unserer Gesellschaft erfolgt heute in hohem Maße wissensbasiert. Eine Volkswirtschaft, der es nicht gelingt, die Qualifikationen ihrer Erwerbstätigen auf dem neuesten Stand zu halten, wird im internationalen Wettbewerb zurückfallen. Für die nachhaltige Sicherung der betrieblichen Produktivität wie für die individuelle Beschäftigungs-

fähigkeit spielt eine arbeitsplatznahe Weiterbildung daher eine wichtige Rolle.

Grund genug für das IAB und die Bundesagentur für Arbeit, sich des Themas „Betriebliche Weiterbildung“ im Rahmen der jährlichen Gesprächsreihe „Wissenschaft trifft Praxis“ anzunehmen. Dass dieses Thema auf breite Resonanz stößt, belegten die mehr als

110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung, die sich am 21. und 22. Juni 2010 in Nürnberg trafen.

Demografischer und technologischer Wandel und die Globalisierung sind die drei Megatrends, mit denen sich Unternehmen und Beschäftigte, aber auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) auseinandersetzen müssen. Darauf

wies BA-Vorstand Raimund Becker in seiner Einführung hin. Spätestens in ein bis zwei Jahren würden die Unternehmen – wie schon vor der Wirtschaftskrise – mit dem Problem des zunehmenden Fachkräftemangels konfrontiert. Geringqualifizierte dürften von dieser Entwicklung jedoch kaum profitieren, denn dem steigenden Bedarf an gut qualifizierten Arbeitskräften mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss steht eine sinkende Nachfrage nach Personen mit geringer Qualifikation gegenüber.

Für IAB-Direktor Prof. Joachim Möller ist die berufliche Weiterbildung ein Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Laut dem „Berichtssystem Weiterbildung 2007“ haben im Jahr 2006 jedoch nur gut zwei Fünftel der Bevölkerung zwischen 19 und 64 Jahren an Maßnahmen der beruflichen oder allgemeinen Weiterbildung teilgenommen. Bedenklich stimme zudem, dass neben Geringqualifizierten insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern und ältere Arbeitnehmer eine geringe Bildungsbeteiligung aufweisen. Auch auf der betrieblichen Seite sieht Möller noch Luft nach oben: Ergebnisse des

IAB-Betriebspanels zeigen, dass bisher nicht einmal die Hälfte aller Betriebe aktiv Weiterbildung angeboten hat.

Gerd Hoofe, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, wies auf das Ziel der Bundesregierung hin, den Anteil der staatlichen und privaten Ausgaben für Bildung und Forschung trotz der Haushaltskonsolidierung bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Auch die Weiterbildungsquote soll bis dahin auf über 50 Prozent steigen. Dazu bedürfe es einer Weiterbildungsallianz mit den Sozialpartnern. Verschiedene Programme sollen die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer, Geringqualifizierter und Beschäftigter mit Migrationshintergrund unterstützen, wobei der Fokus auf kleinen und mittelständischen Unternehmen liegt. Hoofe betonte zugleich, dass die Bundesregierung alle Instrumente der Arbeitsmarktpolitik auf den Prüfstand stellen werde. Dabei gehe es nicht darum, den Rotstift anzusetzen, sondern das Instrumentarium zielgenauer auszurichten.

Prof. Lutz Bellmann, Leiter des IAB-Forschungsbereichs „Betriebe und Beschäftigung“, zeigte anhand von Daten aus dem IAB-

Betriebspanel aktuelle Entwicklungen in der betrieblichen Weiterbildung auf. Im Krisenjahr 2009 sei der Anteil der weiterbildenden Betriebe im Vergleich zum Vorjahr von 49 auf 45 Prozent gesunken. Offenbar falle es manchen Betrieben in der Krise schwerer, die direkten Kosten der Weiterbildung zu tragen, zumal deren Erträge krisenbedingt auch mit größerer Unsicherheit behaftet sind.

Prof. Martin Baethge, Leiter des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen und Mitautor des nationalen Bildungsberichts, machte deutlich, wie sich die demografische Entwicklung auf das Bildungssystem und das Qualifikationspotenzial der deutschen Bevölkerung auswirken wird. Die Lücke zwischen dem Bedarf und dem Angebot an Arbeitskräften werde sich per Saldo bis zum Jahr 2025 zusehends schließen, wobei sich der berufsspezifische Bedarf sehr unterschiedlich entwickeln werde. Ziel von Reformen müsse sein, die frühkindliche Bildung auszubauen, den Anteil der Personen mit niedrigem oder fehlendem Schulabschluss zu senken und die Durchlässigkeit zum Hochschulstudium zu verbessern. Insbesondere bei der betrieblichen Weiterbildung müssten soziale, alters- und geschlechtsspezifische Disparitäten verringert werden.

Betriebliche Weiterbildung muss im und für den Betrieb erfolgen, betonte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Ausmaß und inhaltliche Gestaltung müssten daher in der Verantwortung des einzelnen Unternehmens liegen. Die Politik solle sich darauf konzentrieren, lernförderliche Rahmenbedingungen zu schaffen und auf regulierende Eingriffe verzichten. Allein im Jahr 2007 habe die deutsche Wirtschaft 27 Milliarden Euro in betriebliche Weiterbildung investiert. Jedoch müssten kleinere und mittlere Unternehmen noch stär-



„In der Arbeitsmarktpolitik geht es nicht um den Rotstift, sondern um eine zielgenauere Ausrichtung“, betonte Staatssekretär Gerd Hoofe.



Auf die Herausforderung „Fachkräftemangel“ wies BA-Vorstand Raimund Becker in seinem Einführungsvortrag hin.

ker sensibilisiert werden. Generell plädierte Brossardt dafür, die Berufsausbildung auf Kerninhalte zu beschränken und diese durch modularisierte und berufsbegleitende Weiterbildungsangebote zu ergänzen.

Zwei Workshops boten Gelegenheit, das Thema zu vertiefen. In dem von Dr. Guido Heineck (IAB) moderierten Workshop ging es um die Förderungsmöglichkeiten und Hemmnisse betrieblicher Weiterbildung. IAB-Forscherin Dr. Ute Leber präsentierte zentrale empirische Befunde zum Weiterbildungs geschehen in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Auch wenn deren Weiterbildungsaktivitäten in den vergangenen Jahren zugenommen haben, liegt der Anteil der weiterbildenden Betriebe in diesem Segment nach wie vor deutlich unter dem größerer Unternehmen. Einer der Gründe dafür sei das Fehlen einer systematischen und langfristigen Personalarbeit und -entwicklung. Margit Lott (IAB) stellte die Ergebnisse zweier Betriebsbefragungen zum Programm WeGebAU (Förderung der beruflichen Weiterbildung von Geringqualifizierten und älteren Beschäftigten) vor. Dabei zeigt sich: Mittlere und große Betriebe sind besser über das Programm in-

formiert als kleine und nutzen es auch stärker.

Jürgen Spatz (BA) stellte dar, wie die Bundesagentur die Qualifizierung von Beschäftigten fördert. Die Förderung wurde im Zuge des im März 2009 verabschiedeten Konjunkturpakets II deutlich ausgeweitet. So werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Kurzarbeiter, die an einer beruflichen Qualifizierung teilnehmen, ab dem ersten Maßnahmenmonat in voller Höhe übernommen. Die BA hat unter anderem auch regionale Qualifizierungsverbünde initiiert, um dem Qualifizierungsbedarf von kleinen Unternehmen durch Bündelung auf überbetrieblicher Ebene gerecht zu werden. Lutz Weber von der mittelständischen Firma „MR Datentechnik“ berichtete, dass es dank WeGebAU und Kurzarbeit gelungen sei, Arbeitsplätze nicht nur kurz-, sondern auch langfristig zu erhalten. Harald Prantl (ÖSB Consulting) machte deutlich, dass es in KMU vielfach auch deshalb an mittel- und langfristigen Personalentwicklungsstrategien und Weiterbildungskonzepten fehle, weil es oft keine definierten Zuständigkeiten gibt. In diesen Fällen sei es sinnvoll, dem Unternehmen einen Beratungspartner zur Seite zu stellen, der den Weiterbildungsbedarf in einem Betrieb systematisch erhebt und als Schnittstelle zur BA fungiert.

Dr. Thomas Kruppe, IAB-Wissenschaftler und Organisator der Tagung, moderierte den zweiten Workshop zum Thema „Wer braucht schon Weiterbildung?“. Stefan Bender, Leiter des Forschungsdatenzentrums der BA im IAB, präsentierte Ergebnisse einer Befragung aus dem Projekt „Berufliche Weiterbildung als Bestandteil Lebenslangen Lernens (WeLL)“. Danach nannten die Befragten als häufigsten Grund dafür, dass sie nicht an beruflicher Weiterbildung teilnehmen, sie hielten ihre vorhandene Qualifikation bereits für ausrei-

chend. Und: Beschäftigte mit eher einfachen Tätigkeiten, Deutsche und ältere Arbeitnehmer sehen für sich einen unterdurchschnittlichen Weiterbildungsbedarf. Uwe Minta (BA) wies darauf hin, dass die Bundesagentur verschiedene Initiativen gestartet hat, um gerade bildungsferne Personengruppen vom Nutzen der betrieblichen Weiterbildung zu überzeugen und die Weiterbildungsbeteiligung in kleinen und mittleren Unternehmen zu erhöhen.



Der berufsspezifische Arbeitskräftebedarf entwickelt sich unterschiedlich, so Prof. Martin Baethge, Leiter des Soziologischen Forschungsinstituts in Göttingen.

Die Entwicklung von Qualifizierung und Weiterbildung aus Sicht von Betriebsräten beschrieb Dr. Claudia Bogedan vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Der WSI-Betriebsrätebefragung zufolge haben gut 70 Prozent der Betriebe, die von der Krise betroffen sind, und gut 60 Prozent aller anderen Betriebe ihre Angebote zur Fort- und Weiterbildung nicht ausgeweitet. Knapp die Hälfte der Betriebsräte begründet dies mit zu hohen Kosten. Christian Hollmann vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) stellte Umfang, Kosten und Trends der betrieblichen Weiterbildung auf der Grundlage der IW-Weiterbildungserhebung



Betriebliche Weiterbildung muss im und für den Betrieb erfolgen, betonte Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

2008 vor. Demnach sehen die Unternehmen vor allem die Chance, Kompetenzen der Beschäftigten angemessen zu fördern und so zum Geschäftserfolg beizutragen.

Cornelia Wilkens (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) berichtete, dass der „Bildungsscheck NRW“ viele Unternehmen dazu veranlasst habe, ihr Weiterbildungsengagement zu verstärken. Bemerkenswert sei außerdem, dass zwei Drittel der Bildungsscheckempfänger Frauen sind. Über Grundlagen und aktuelle Zahlen zur „Bildungsprämie“ referierte Verena Schumacher (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt). Mit diesem Anfang 2010 bundesweit eingeführten Instrument wird die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten mit einem jährlichen Bruttoeinkommen in Höhe von maximal 25.600 Euro gefördert.

In der abschließenden, von Sven Astheimer (Frankfurter Allgemeine Zeitung) moderierten Podiumsdiskussion griffen die Diskutanten Fragen und Aspekte aus den beiden Workshops auf. Alle waren sich darin einig, dass Weiterbildung nicht zuletzt aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ein ganz selbstverständlicher Bestandteil betrieblicher Personalpolitik werden muss. Auch bei den Beschäftigten müsse das Bewusstsein für die Notwendigkeit beruflicher Weiterbildung geschärft werden.

In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, wie die Weiterbildungskosten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verteilt sein sollten und welche Rolle die BA bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung spielen solle. Nach Ansicht von Dr. Jürgen Wuttke



Das Bewusstsein für die Notwendigkeit beruflicher Weiterbildung muss geschärft werden. Darüber waren sich alle Diskutanten der Podiumsveranstaltung einig: (v.l.n.r.) Dr. Elisabeth Neifer-Porsch vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Jürgen Wuttke von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Moderator Sven Astheimer von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei, Klaus Heimann vom Vorstand der IG Metall und Christian Rauch von der Bundesagentur für Arbeit.

(Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) sollten Arbeitnehmer bereit sein, sich auch in ihrer Freizeit weiterzubilden und gegebenenfalls einen Teil der Kosten selbst zu tragen. Der Staat solle sich auf bestimmte Zielgruppen und eine Anschubfinanzierung konzentrieren, denn es bestehe immer die Gefahr, dass Beitragsgelder für unwirksame Maßnahmen ausgegeben würden. Ähnlich argumentierte Dr. Elisabeth Neifer-Porsch (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), die sich für eine Konzentration der Fördermittel auf Berufsrückkehrerinnen, ältere Arbeitnehmer und Arbeitslose aussprach.

Nach Ansicht von IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei müssen vorrangig Personen in instabilen Beschäftigungsverhältnissen gefördert werden. Christian Rauch (BA) betonte, dass für die Bundesagentur die Vermittlung in reguläre Beschäftigung Vorrang vor der aktiven Arbeitsförderung habe. Er wies zudem darauf hin, dass die Evaluierung von Fördermaß-

nahmen für Beschäftigte schwierig sei, weil es dort naturgemäß nicht darum gehe, Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Dr. Klaus Heimann (IG Metall) merkte an, dass es auch in der Gruppe der KMU weiterbildungsintensive Betriebe gebe, etwa im KFZ-Gewerbe. Das Weiterbildungsengagement von Betrieben hänge weniger von deren Größe, sondern eher von der jeweiligen Branche ab.

„Nicht alles scheint schlecht zu sein, aber es reicht noch nicht“, resümierte Kolja Rudzio von der Wochenzeitung „Die Zeit“ in seinem Schlusswort. Mit Blick auf die Politik warf er die Frage auf, ob die Bundesregierung das Ziel, die Weiterbildungsquote bis zum Jahr 2015 von 43 auf 50 Prozent zu erhöhen, tatsächlich erreichen könne, wenn gleichzeitig die Mittel der BA für Arbeitsförderung deutlich gekürzt würden. Aus Gründen der Transparenz und der Effizienz seien die Vielzahl der Förderinstrumente der BA und die häufige Änderung der entsprechenden Regelungen allerdings problematisch.

Weitere Informationen und ein Video zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2010/betriebliche_weiterbildung.aspx

Frontiers of Migration Research

Das IAB ist Teil eines europäischen Netzwerkes zur Migrationsforschung, das von der Marie-Curie-Exzellenzinitiative der Europäischen Union gefördert wird. Internationale Migrationsforscher innerhalb und außerhalb dieses Netzwerkes präsentierten am 2. und 3. Juli 2010 bei einem Workshop in Bamberg innovative Arbeiten.

In dem internationalen Forschungsprojekt „Transnationality of Migrants (TOM)“ werden die Ursachen und Bestimmungsfaktoren der Migration, die Entstehung von Nationen übergreifenden Netzwerken in Familien und sozialen Gemeinschaften, die Arbeitsmarktwirkungen der Migration und die Integration von Migranten erforscht. Im Rahmen dieses Projektes organisierten die beiden IAB-Wis-

senschaftler Dr. Barbara Mendolicchio und Firat Yaman den internationalen Workshop „Frontiers of Migration Research“.

Die rund 20 präsentierten Forschungsarbeiten dokumentierten eindrucksvoll die schnell voranschreitende Entwicklung in der internationalen Migrationsforschung. Sie können thematisch in vier Blöcke zusammengefasst werden. Im ersten Block wurden Probleme der Integration von Migranten untersucht. So wurden unter anderem Studien vorgestellt, die die Wirkungen ethnischer Externalitäten auf die Integration von Migranten der zweiten Generation und die Folgen einer islamischen Religionszugehörigkeit auf Arbeitsmarktdiskriminierung und Arbeitsmarkterfolg analysieren. Im zweiten Block wurden neue Ansätze präsentiert, die auf der Grundlage von Mikro- und Makrodaten den Umfang und die Selbstselek-

tion von Migrationsströmen sowie im Rahmen von politökonomischen Modellen die Einwanderungspolitik erklären.

Im dritten Block standen Arbeiten im Mittelpunkt, die den Zusammenhang zwischen Investitionen in Bildung und Migration untersuchen. Im vierten Block schließlich wurden die Auswirkungen der Migration auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft untersucht. Dort wurde unter anderem ein neuer Such- und Matchingansatz zur Analyse der Arbeitsmarktwirkungen der Migration vorgestellt. Zudem wurden die Auswirkungen der Migration auf Arbeitsproduktivität analysiert und der Zusammenhang zwischen der Migration und makroökonomischen Variablen wie Wechselkursen, Terms of Trade und Handel diskutiert.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

http://www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen-und-workshops-2010/TOM_2010.aspx

How does culture matter? Cultural effects on the labour market

Der Einfluss der Kultur auf die Produktivität und die allgemeine sozioökonomische Entwicklung ist aus wissenschaftlicher Sicht noch wenig erforscht. Mit der Frage, wie sich Kultur auf den Arbeitsmarkt auswirkt, beschäftigte sich der IAB-Workshop „How does culture matter? Cultural effects on the labour market“. Erkenntnisse hierüber bieten nicht zuletzt die Chance für eine realitätsnähere Politik.



Keynote-Speaker Prof. Peter Nijkamp von der VU Universität Amsterdam



Keynote-Speaker Prof. Jeffrey Alexander von der Yale Universität

Die Veranstaltung fand am 15. und 16. Juli 2010 im Rahmen des von NORFACE, einem Zusammenschluss europäischer Forschungsförderungsinstitutionen, geförderten Projektes statt. Sie hatte zum Ziel, eine Plattform für die Diskussion kultureller Effekte aus der Entwicklungsperspektive zu bieten, die den wichtigsten Forschungsansatz zur Kultur und deren Auswirkungen auf lokale Produktivität darstellt. Mit dieser neuen Ausrichtung und durch die Einhaltung hoher methodischer Standards lassen sich bedeutende Fortschritte sowohl in der theoretischen als auch in der politisch

relevanten empirischen Forschung im Bereich „Cultural Economics“ erzielen.

In dem zweitägigen Workshop in Nürnberg wurde eine Reihe von interdisziplinären, äußerst innovativen empirischen Studien zu kulturellen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt präsentiert. Hauptredner waren mit Prof. Peter Nijkamp (VU Universität Amsterdam) und Prof. Jeffrey Alexander (Yale University) zwei der weltweit führenden Experten auf diesem Forschungsgebiet. Beiträge von eingeladenen Referenten wie Prof. Manfred Holler (Universität Hamburg), Prof. John Hall (Portland State

University) und Frederick F. Wherry, Ph.D. (University of Michigan) eröffneten eine Reihe von weiteren Präsentationen, die die kulturellen Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt belegten. Besondere Aspekte waren hierbei Migration, Sprache, Religion und die Ungleichheit der Geschlechter.

Angesichts der hohen Qualität der Beiträge hat das IAB zusammen mit Peter Nijkamp eine Sonderausgabe des International Journal of Manpower (IJM) zum Thema der Veranstaltung initiiert, die voraussichtlich Ende 2011 erscheinen wird.

Statistische Woche 2010

Die diesjährige Jahrestagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft fand vom 14. bis 17. September 2010 an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg statt. Sie ist Teil der jährlich gemeinsam mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker und der Deutschen Gesellschaft für Demographie organisierten „Statistischen Woche“.

Im Mittelpunkt der „Statistischen Woche 2010“, die von der Deutschen Statistischen Gesellschaft unter Beteiligung der International Environmetrics Society und der Italienischen Statistischen Gesellschaft veranstaltet wurde, standen die drei Schwerpunktthemen Energie, Armutsforschung und Jump Regression Analysis. Die beiden Schwerpunkte „Energie“ und „Armutsforschung“ wurden aus einer methodenübergreifenden Perspektive behandelt und betrafen aktuelle Sachthemen: 2010 ist deutsches „Wissenschaftsjahr der Energie“



Bei der „Statistischen Woche“ in Nürnberg präsentierte sich das IAB mit einem eigenen Stand und einer täglich wechselnden Posterausstellung.

und gleichzeitig „European Year for combating Poverty and Social Exclusion“. Im Schwerpunkt „Jump Regression Analysis“ wurde ein für Forschung und Praxis attraktives, methodisches Thema aufgegriffen.

Im Rahmen verschiedener Sektionen wurden darüber hinaus Vorträge zu aktuellen Themen abgehalten. So beschäftigte sich eine Sektion unter dem Vorsitz von Prof. Regina T. Riphahn (Universität Erlangen-Nürnberg) mit der empirischen Arbeitsmarktforschung, eingeladenen Referent war Michael Lechner (Universität St. Gallen). Vom IAB referierten Prof. Lutz

Bellmann, Eva Kopf und Daniel Schnitzlein.

Während der „Statistischen Woche“ fand an der Fakultät in Nürnberg zudem eine Ausstellung mit statistikbezogenen Produkten und Dienstleistungen statt. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung war mit einem eigenen Stand und einer täglich wechselnden Posterausstellung vertreten. Unter anderem stellten der Forschungsbereich „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“, das Forschungsdatenzentrum und das IAB-Betriebspanel ihre Arbeit, aktuelle Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen vor.

Arbeitsmarktpolitik und Sozialreformen in Zeiten des Umbruchs



„Zuwanderung ist kein Allheilmittel gegen den demografischen Wandel“, erklärt Dr. Rolf Bösing.



„Fachkräfte werben heißt Fachkräfte stehlen“, sagt Prof. Richard Hauser.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss sich nicht nur auf die Folgen der Wirtschaftskrise, sondern auch auf weitreichende Veränderungen im Zuge des demografischen Wandels einstellen. Wie sind Deutschland und andere Staaten der Europäischen Union darauf vorbereitet? Reichen die bisherigen Reformen aus? Oder sind weitere Schritte erforderlich? Darüber diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft bei der Tagung „Arbeitsmarktpolitik und Sozialreformen in Zeiten des Umbruchs“.

Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem IAB und dem Osteuropa-Institut Regensburg am 15. und 16. Oktober in der Akademie für Politische Bildung Tutzing statt. Zu Beginn sprach IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei über Bilanz und Perspektiven der Arbeitsmarktpolitik vor, während und nach der schwersten Krise, welche die Weltwirtschaft seit Jahrzehnten erlebt hat. Trotz eines dramatischen Wirtschaftseinbruchs hat der deutsche Arbeitsmarkt sich

als erstaunlich robust erwiesen. Dies lässt sich durch ein hohes Maß an innerbetrieblicher Flexibilität erklären, die durch Regelungen zur Kurzarbeit unterstützt werden. Die Unternehmen haben Beschäftigte gehalten, um im Aufschwung über qualifiziertes Personal zu verfügen. Auch die Arbeitsmarktreformen haben offensichtlich ihren Beitrag geleistet. Dennoch wird der Arbeitsmarkt voraussichtlich erst zeitverzögert auf positive gesamtwirtschaftliche Signale reagieren.

Rente mit 67, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Spagat zwischen Grundsicherung, Arbeitsanreizen und Armutsvermeidung – der Arbeitsmarkt wandelt sich enorm. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion bezeichnete Dr. Rolf Bösing vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales den demografischen Wandel als die größte Herausforderung in der Zukunft. Ein weiteres Problem sei der Strukturwandel. So werden in den kommenden 20 Jahren 1,7 Millionen Stellen im Gesundheits- und Dienstleistungsbereich frei, gleichzeitig geht der Arbeitskräftebedarf im produzierenden Ge-

werbe stark zurück. Auch die Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften steige. Die Bundesregierung wolle deshalb besonderes Augenmerk auf Ältere, Frauen mit Kindern und Migranten richten. Sie plädiere außerdem für einen branchenorientierten Mindestlohn, um einen fairen Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Bösing wies zudem darauf hin, dass Zuwanderung kein Allheilmittel für den deutschen Arbeitsmarkt sei. Die Zuwanderungsquote bleibe wahrscheinlich stabil, allerdings werde sie durch Abwanderung relativiert. Der Fachkräftebedarf könne daher nicht durch Migration gedeckt werden.

Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Brigitte Pothmer kritisierte, dass die Wirtschaftskrise nicht dazu genutzt worden sei, bessere Qualifikationsanreize zu bieten. Der Staat müsse lebenslanges Lernen durch ein gutes Weiterbildungsgesetz garantieren. „Die soziale Marktwirtschaft ist ein Versprechen, dass jeder die Chance zum sozialen Aufstieg hat. Dieses Versprechen müssen wir einlösen. Wir leben in einer blockierten Gesellschaft. Nur Bildung kann deblockieren und Integration vorantreiben“, sagte Pothmer.

Sie sprach sich außerdem für einen flächendeckenden Mindestlohn aus: „Will man einen Mindeststandard bei Löhnen, muss man ihn in allen Branchen durchsetzen.“ Prof. Jürgen Jerger, Direktor des Osteuropäischen Instituts in Regensburg, stimmte Pothmer nur in Teilen zu: „Es gibt Löhne, die sind in der Tat unethisch. Dagegen muss etwas unternommen werden.“ Der Wissenschaftler mahnte aber zur Vorsicht und verwies auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich, das sich durch den Mindestlohn verschärft habe.

Prof. Richard Hauser von der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt betonte, dass Zuwanderung nicht die Probleme des Arbeitskräftemangels löse. Fachkräfte ließen

sich nicht mehr aus dem europäischen Ausland abwerben, da die Arbeitsbedingungen viel zu ähnlich seien. Nur aus Schwellenländern außerhalb Europas könne man realistisch Spe-

zialisten anwerben. Dann stehle man jedoch anderen Ländern qualifizierte Arbeitskräfte, die dort oftmals die Zukunft bedeuten. „Das kann die Bundesregierung nicht wollen.“

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1535>

Treffpunkt Bibliothek: De statu corruptionis

**TREFFPUNKT
BIBLIOTHEK**
Information
hat viele Gesichter



IAB-Direktor Prof. Joachim Möller las aus seiner vor 30 Jahren erschienenen Wissenschaftssatire.

Mit einer wissenschaftlichen Lesung der anderen Art beteiligte sich die Bibliothek des IAB am 26. Oktober 2010 an der bundesweiten Aktionswoche „Treffpunkt Bibliothek“. Institutsdirektor Prof. Joachim Möller las aus dem Handbüchlein „De statu corruptionis – Entscheidungslogische Einübungen in die Höhere Amoralität“. Darin befasst er sich mit seinen Koautoren Hansjörg Lehner und Georg Meran mit nicht weniger als unser aller Seelenheil.

„Unsere Schrift war gedacht als Abrechnung mit gewissen realsatirischen Entwicklungen in der Wissenschaft“, sagte Möller im Gespräch mit dem Nürnberger Journalisten Rainer Büschel zur Entstehungsgeschichte der vor 30 Jahren erschienenen Wissenschaftssatire. Ökonomische Methoden wurden damals auf alle möglichen Bereiche angewendet. Das brachte beispielsweise die Ökonomie der Ehe hervor und eröffnete neue Forschungsfragen wie die nach dem Fußballzuschauer als „Homo oeconomicus“. Da lag es nahe, die Möglichkeiten der gegenseitigen Befruchtung von Ökonomie und Theologie aufzuzeigen. Schließlich war Adam Smith (1723-1790), der Vater der Ökonomie, ein Moralphilosoph.

Kernstück des Werks von Möller et al. ist die Betrachtung des verlorenen Sohns als Sündenmaximierer. Ausgehend von den zentralen Fragen „Wann lohnt sich die Bekehrung? Wie viele Jahre sündigen Lebens sind optimal? Und was sind die Zeiten im Fahrplan des verlorenen Sohnes?“ entwickelt das Autorentrio mit den Mitteln des Grenznutzenkalküls ein Grundmodell der optimalen Bekehrungsstrategie. Und da dem Philosophen, Theologen und Mathematiker Nikolaus

von Cues (1401-1464) zufolge „niemand zu einem Wissen um göttliche Dinge kommen (kann), der in der Mathematik jeder Übung ermangelt“, wimmelt es von Stabilitätsanalysen, Differenzialgleichungssystemen und Nutzenfunktionen – begleitet von hinter sinnigen Anspielungen auf die Welt der Wissenschaft und zahlreichen Wortspielen.

„Vergeltungsökonomie ist jedoch keineswegs nur Satire“, verwies Möller auf den französischen Mathematiker, Physiker, Literaten und Philosophen Blaise Pascal (1623-1662). Der hatte die Frage nach dem optimalen Bekehrungszeitpunkt mit „sofort“ beantwortet, da der Tod in den nächsten Sekunden eintreten könne. Möller, Lehner und Meran setzen einen innovativen Ansatz dagegen: „Wie in der modernen Ökonomie üblich, diskontieren wir den Nutzen. Pascal kannte das nicht.“ Durch das Abzinsen wird aus einer unendlichen Folge von positiven Werten wie bei Pascal ein endlicher Wert und die sofortige Bekehrung durch einen optimalen Bekehrungszeitpunkt ersetzt.

Je später die Bekehrung, desto länger die Schmorzeit im Fegefeuer: „Wer früher stirbt, ist länger tot“, verwies Joachim Möller auf

den gleichnamigen Kinohit, der dieses vergeltungstechnische Paradigma eindrücklich vor Augen führte. Die ersten 30 Exemplare von „De statu corruptionis“ – zu übersetzen

mit „Verderbtheitszustand“, also der Phase, in der man sich noch nicht bekehrt hat – hatten die Autoren selber vervielfältigt und an der Uni verteilt: „Das wurde mit Humor ge-

nommen“, sagte Möller. Mittlerweile ist die viermal aufgelegte Satire nur noch antiquarisch erhältlich.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/events-2010/buchlesung2010.aspx>

Braucht Deutschland eine neue Wirtschaftspolitik?

Deutschland hat in den vergangenen zehn Jahren einen Leistungsbilanzüberschuss von 1,1 Billionen Euro angehäuft. Im Gegenzug verbuchen seine Handelspartner im Schnitt deutliche Importüberschüsse – mit der Folge, dass deren Verschuldung steigt. Wie lange kann das gutgehen? Und was kann oder soll Deutschland tun, um den daraus resultierenden Ungleichgewichten zu begegnen? Darüber diskutierten die Ökonomen Kai Carstensen und Heiner Flassbeck bei den zweiten „Nürnberger Gesprächen“ am 8. November 2010.

Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise hat in Deutschland trotz eines um 4,7 Prozent geschrumpften Bruttoinlandsprodukts zu keinem nennenswerten Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Im laufenden Jahr verzeichnet Deutschland sogar neue Rekordhöchststände bei der Erwerbstätigkeit. Damit stemmt es sich gegen einen Negativtrend, der viele andere Länder in Europa mit voller Wucht erfasst hat. Auslöser der Krise war hierzulande der starke Einbruch des Exports. Umgekehrt führe der Export das Land wieder aus der Krise, erklärte IAB-Direktor Joachim



Braucht Deutschland eine neue Wirtschaftspolitik? Darüber diskutierten bei den „Nürnberger Gesprächen“ am 8. November Wissenschaftler und das Publikum im Historischen Rathaussaal.

Möller in seiner Einführung. Dabei ist auch aus deutscher Sicht umstritten, ob die starke Exportorientierung eher positiv oder negativ zu bewerten ist. Die Befürworter verweisen darauf, dass gerade Exportbetriebe höhere Löhne zahlen und bessere Arbeitsbedingungen bieten. Die Skeptiker hingegen halten

die starke Exportabhängigkeit Deutschlands für pathologisch. Böse Zungen, so Möller, brächten dies mit der Formel auf den Punkt: „Wir haben Autos und Maschinen geliefert und Lehman-Zertifikate bekommen“.

Eine weitere Kehrseite des exportgetriebenen Beschäftigungswachstums sieht Möl-

ler darin, dass die kurz nach der Wiedervereinigung einsetzende moderate Lohnpolitik zu mehr Ungleichheit beigetragen habe. So seien die Reallöhne der Geringqualifizierten und der jüngeren Arbeitnehmer deutlich gesunken. Die Frage laute, ob dies der Preis sei, den Deutschland für seine Erfolge am Arbeitsmarkt zu zahlen habe oder ob die Strategie, die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch übermäßige Lohnzurückhaltung zu verbessern, generell verfehlt sei, weil sie zu letztlich unhaltbaren Ungleichgewichten im Welthandel führe.

Moderator Thomas Fricke, Chefökonom der Financial Times Deutschland, machte die internationale Brisanz des Themas deutlich: Die globalen Ungleichgewichte stünden beim Gipfel der 20 größten Industrie- und Schwellenländer in Seoul ganz oben auf der Agenda. US-Finanzminister Timothy Geithner hatte im Vorfeld Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen aufgefordert, sich auf eine Begrenzung der Überschüsse zu verpflichten und ihre Binnenkonjunktur anzukurbeln.

Nach Prof. Heiner Flassbeck, Chefökonom der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der UNO, haben die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der wichtigsten Industrieländer erheblich zur jüngsten Krise beigetragen. Deutschland könne sich nicht dauerhaft hohe Leistungsbilanzüberschüsse leisten, da die Defizitländer deutsche Produkte irgendwann nicht mehr bezahlen könnten. Dies gelte insbesondere im Euroraum, weil die Defizitländer ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch eine Abwertung ihrer Währung wiedererlangen können. Griechenland sei ein war-

nendes Beispiel. Wenn die Ungleichgewichte nicht beseitigt würden, sei die europäische Währungsunion in fünf Jahren am Ende.

Prof. Kai Carstensen, Leiter der Konjunkturabteilung am ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München, teilte zwar die Ansicht, dass dauerhaft hohe Ungleichgewichte in den nationalen Leistungsbilanzen ein Problem darstellen. Er gab aber zu bedenken, dass der Staat in einer Marktwirtschaft keine Leistungsbilanz- oder Exportziele dekretieren könne. Zudem sei nicht immer klar, wann ein Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz vorliege. Für ein alterndes Land wie Deutschland könne es durchaus sinnvoll sein, heute Überschüsse zu bilden, um künftige Rentenlasten besser schultern zu können.

IAB-Forscher Dr. Timo Baas wies in seinem Impulsreferat darauf hin, dass sich die Ungleichgewichte seit Einführung des Euro verschärft haben. Im letzten Jahrzehnt seien die Löhne in keinem EU-Land so langsam gestiegen wie in Deutschland – ein Sachverhalt, den die beiden Diskutanten höchst unterschiedlich bewerteten. Flassbeck kritisierte, dass Deutschland unfairen Lohnwettbewerb in Europa betrieben habe und durch kräftige Lohnsteigerungen aktiv dazu beitragen müsse, die Ungleichgewichte wieder abzubauen. Carstensen argumentierte, dass Löhne in einer Marktwirtschaft die Funktion haben, Angebot und Nachfrage zum Ausgleich zu bringen. Die Lohnzurückhaltung sei nötig gewesen, um die hohe Arbeitslosigkeit abzubauen. Der Wegfall des Puffers der Wechselkursanpassung in der Währungsunion ist jedoch auch aus seiner Sicht ein Problem.

Flassbeck und Carstensen waren sich darin einig, dass eine kräftigere deutsche Binnenkonjunktur einen Beitrag zum Abbau des Leistungsbilanzgefälles in Europa leisten kann. Denn wenn die Deutschen mehr konsumieren, importieren sie auch mehr Waren aus dem Ausland. Aus Sicht von Carstensen führt die sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland mittelfristig ohnehin dazu, dass die Löhne und damit der Binnenkonsum wieder stärker steigen. Beide Diskutanten stimmten zudem darin überein, dass es nicht darum gehen könne, den Leistungsbilanzüberschuss durch eine Drosselung der Exporte zu reduzieren. Carstensen betonte darüber hinaus, dass bei Zahlungsunfähigkeit eines Staates die privaten Gläubiger zumindest mit einem Teil ihres Kapitals haften müssten. Es dürfe nicht angehen, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.

Nürnbergers Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly warf in seinem Schlusswort einen Blick auf die politischen Aspekte der jüngsten Wirtschaftskrise. Als Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU, eines beratenden Organs, das aus Vertretern der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas besteht, wusste er zu berichten, dass die Haltung Deutschlands in internationalen Fragen der Wirtschaftspolitik vielfach als belehrend und besserwisserisch wahrgenommen werde. Sorgen bereitet ihm außerdem, dass Deutschlands Wirtschaftsordnung nicht erst seit der jüngsten Krise von der Bevölkerung immer weniger als „Soziale Marktwirtschaft“ wahrgenommen werde, in der es einigermaßen gerecht zugehe.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

<http://www.iab.de/de/veranstaltungen/events-2010/nuernberger-gespraech-2-2010.aspx>